

1 **St-01**
 2 **Antragsteller: KV Mettmann**
 3
 4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
 5
 6 **Einkommen und Vermögen gerecht verteilen**
 7
 8 Der Parteivorstand wird aufgefordert ein Konzept zur
 9 gerechteren Verteilung von Einkommen und Vermö-
 10 gen vorzulegen. Dazu gehört eine gerechte Finanzver-
 11 teilung zwischen den verschiedenen staatlichen Ebe-
 12 nen, mehr Gerechtigkeit bei Löhnen und Gehältern, eine
 13 gerechtere Belastung von Steuern und Abgaben so-
 14 wie von Beiträgen, Sozialabgaben und Mieten zu prüfen
 15 und eine gerechtere Verteilung anzustreben.
 16
 17 Das Steuersystem ist so zu verändern, dass die starken
 18 Schultern mehr belastet und die Schwachen mehr ent-
 19 lastet werden. Da dies jedoch nicht über Lohn- und Ein-
 20 kommenssteuern allein zu gewährleisten ist, sind Bei-
 21 träge, Abgaben und Mieten so zu regulieren, dass die
 22 Budgets der Menschen mit niedrigen Einkommen nicht
 23 über Gebühr belastet werden. Wir brauchen mehr steuer-
 24 liche Zuschüsse zur Aufwertung von Arbeit und zur
 25 Entlastung bei den Sozialversicherungsbeträgen. Die im
 26 Rahmen des Rentenpakts geplanten Entlastungen von
 27 GeringverdienerInnen sind ein richtiger Schritt.
 28
 29 Wir fordern ein „Investitionsprogramm Zukunft“, das
 30 eine solidarische und gerechte Teilhabe am gesam-
 31 terwirtschafteten Wohlstand sicher stellt. Der Erarbei-
 32 tungsprozess dieses „Investitionsprogramm Zukunft“
 33 begleitet das Regierungshandeln und soll, darin Ein-
 34 gang finden.
 35
 36 Wir benötigen ein „Investitionsprogramm Zukunft“
 37 • für den Wohnungsbau,
 38 • für verkehrliche und energetische Investitionen,
 39 • für Investitionen in Kitas, Schulen und Hochschulen,
 40 • Maßnahmen gegen Kinderarmut,
 41 • die Einbeziehung kreativer und selbständiger Arbeit
 42 in die sozialen Sicherungssysteme
 43 • für die Förderung innovativer Unternehmensgrün-
 44 dungen,
 45 • die individuelle Förderung von Kindern und Jugend-
 46 lichen (in Kita, Schule, Ausbildung und Studium),
 47 • für die ökologische Neuausrichtung und die Bewah-
 48 rung von Natur und Umwelt,
 49 • für den Ausbau der digitalen Infrastruktur,
 50 • für eine gerechte Finanzierung der Städte und Kom-
 51 munen,
 52 • für gemeinsame Anstrengungen für Integration
 53 und Inklusion,
 54 • für die Bekämpfung der Fluchtursachen,
 55 • für einen sozialen Arbeitsmarkt mit guten Tariflöh-
 56 nen
 57 • für die Erhöhung des Mindestlohns.
 58
 59 Die von der SPD in der jetzigen Bundesregierung durch-

Empfehlung der Antragskommission: Erledigt

Erledigt durch Annahme von L-03 in Fassung An-
 tragskommission

Einfügen in L-03:

Einfügen in Zeile 350:

Investitionen in die Zukunft

Neben einer gerechten Verteilung der Einnahmen des
 Staates, wie in dem Antrag formuliert, stehen wir
 als NRWSPD für eine kluge, vorausschauende Politik,
 die Weichenstellungen für die Zukunft vornimmt. Da-
 her brauchen wir jetzt eine Investitionsoffensive für
 Deutschland. Wir sind die Partei, die jetzt dafür sorgt,
 dass notwendige Investitionen mit mehr Nachdruck
 umgesetzt bzw. eingeleitet werden. Eine consequen-
 te Investitionsoffensive ist nicht nur aus ökonomischer
 Sicht richtig. Ihre politische Notwendigkeit lässt sich
 auch aus anderen Perspektiven begründen: Die öffent-
 lichen Nettoinvestitionen sind in Deutschland seit über
 10 Jahren zu niedrig und reichen nicht einmal aus, die
 Substanz der Infrastruktur zu erhalten. Wir leben von
 vergangenen Investitionen und auf Kosten der näch-
 sten Generationen. Nach Schätzungen der KfW beläuft
 sich die Infrastrukturlücke auf mittlerweile 140 Milli-
 arden Euro. Damit langfristig wieder mehr investiert
 wird, brauchen Bauwirtschaft und öffentliche Verwal-
 tung Planungssicherheit. Die wollen wir mit einem Ge-
 setz zur Stärkung der öffentlichen Infrastruktur leisten,
 dass für die Bundesrepublik konjunkturunabhängig die
 jährliche Mindestnettoinvestitionsquote für die näch-
 sten 10 Jahre festlegt. Es geht darum, die Potentiale un-
 serer Wirtschaft zu erweitern, um das Wachstum von
 morgen zu sichern

Dabei gilt für uns: Die Finanzierung der öffentlichen
 Infrastruktur ist Aufgabe der öffentlichen Hand. Wir
 wollen die finanzielle Ausstattung von Bund, Ländern
 und Kommunen stärken, um diese Aufgabe zu bewäl-
 tigen. Wir wollen damit auch verhindern, dass Städte
 und Gemeinden auf Projekte öffentlich-privater Part-
 nerschaften (ÖPP) angewiesen sind, die intransparent
 sind und nach wiederholten Berechnungen des Bundes-
 rechnungshofes den Steuerzahler mehr kosten als die
 konventionelle Finanzierung. Die Politik der „Schwarzen
 Null“ ist dabei kein eigenständiges politisches Ziel. Viel-
 mehr kann sie Hemmnis sein bei der Umsetzung unse-
 rer politischen Ziele.

Für uns gilt die Goldene Regel für öffentliche Investitio-
 nen aus der Volkswirtschaftslehre: Öffentliche Investi-
 tionen sollen auch durch Kredite finanziert werden. Das
 gilt erst recht, wenn die Zinsen dafür negativ sind. Denn
 das stärkt das Wirtschaftswachstum und gleichzeitig
 die Generationengerechtigkeit. Öffentliche Investitio-
 nen erhöhen den öffentlichen Kapitalstock und schaf-

60 gesetzten Maßnahmen wie das Gute-Kita-Gesetz, die
61 Verschärfung der Mietpreisbremse, die erhöhten In-
62 vestitionen in sozialen Wohnungsbau, die geplanten
63 massiven Investitionen in Bildung und Digitalisierung
64 der Schulen die stark ansteigende Steuerzuschüsse zur
65 Rente und der Aufbau einer Demografierücklage sowie
66 der soziale Arbeitsmarkt für Langzeitarbeitslose, der ab
67 2019 flächendeckend kommen wird, sind die richtigen
68 Schritte. Sie müssen ergänzt werden um mehr Gerech-
69 tigkeit bei der Einnahmenpolitik.

70
71 Ein „Investitionsprogramm Zukunft“ benötigt Einnah-
72 men des Staates, die zurzeit nicht in ausreichendem
73 Maße generiert werden.

74 Dazu gehören:

- 75 • Unternehmensgewinne effektiver besteuern,
- 76 • Reform der Gewerbesteuer zur Bekämpfung von in-
77 ländischen Steueroasen
- 78 • Finanztransaktionen europaweit besteuern,
- 79 • Steuerhinterziehung verfolgen und stärker bestra-
80 fen,
- 81 • Kapitalerträge wieder progressiv besteuern,
- 82 • Spitzensteuersatz anheben bei gleichzeitiger Stre-
83 ckung der Progression,
- 84 • Reaktivierung der Vermögenssteuer mit einem ver-
85 fassungsgemäßen Konzept,
- 86 • Erbschafts- und Schenkungssteuer für hohe Erb-
87 schaften erhöhen (Bemessung von Unternehmens-
88 vermögen anhand geplanter Investitionen und
89 jährlichem Personalkostenumsatz),
- 90 • Reform der Grundsteuer hin zu einer Bodenwert-
91 steuer,
- 92 • eine Diskussion über Möglichkeiten geänderter Be-
93 steuerung angesichts der Digitalisierungs- und Au-
94 tomatisierungsgewinne ,
- 95 • Weiterentwicklung des Ehegattensplittings, damit
96 das Zusammenleben mit Kindern gefördert wird.

97

98

99 **Begründung**

100 Wir stellen fest, dass die Einkommens- und Vermö-
101 gensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland,
102 zwischen den Ländern, zwischen den Kommunen
103 und unter den Bürgerinnen und Bürgern zunehmend
104 ungerecht verteilt sind und sich die Sozialstruktur dem-
105 entsprechend verfestigt. Für die Sozialdemokratie ist
106 dieser Zustand nicht hinnehmbar, denn er verhindert
107 Chancengerechtigkeit und sozialen Aufstieg.

108

109 Hierzu gehören auch die Kosten der Sozialsysteme
110 wie Krankenversicherung, Pflegeversicherung, Arbeits-
111 losenversicherung und Rente.

112

113 Darüber hinaus muss dafür Sorge getragen werden,
114 dass Wohnen und Wohnnebenkosten nicht zum Luxus-
115 bestandteil des Lebens ganz normaler Leute werden.

116

117 Wir müssen gemeinsam als Partei, in unserer Funktion

fen höhere Produktivität und Wachstum. Weil davon
auch zukünftige Generationen profitieren, werden sie
über den Schuldendienst auch zur Finanzierung her-
angezogen. Unterlässt man das, ist es ungerecht, weil
dann die heutigen Generationen alles über Steuern fi-
nanzieren müssen. Dann wird zu wenig investiert oder
die Investitionen werden bei Haushaltskrisen immer als
erstes gekürzt.

Wir stehen für den Fortschritt für die Vielen, nicht der
Wenigen. Dafür brauchen wir Investitionen in die Zu-
kunft jetzt. Eine maßvolle, ökonomisch sinnvolle und
sozial gerechte investitionsorientierte Einnahmenpoli-
tik ist unsere Antwort auf die Herausforderungen dieser
Zeit.

118 als Gesetzgeber, mit den Gewerkschaften dafür sorgen,
119 dass wieder mehr Menschen zu tariflichen Löhnen be-
120 zahlt werden. Wenn die Tarifparteien allein nicht dazu
121 in der Lage sind, ist der Gesetzgeber gefragt, die gesetz-
122 lichen Rahmenbedingungen so zu verändern, dass der
123 weitaus größte Teil der Arbeitnehmerinnen und Arbeit-
124 nehmer Tariflöhne bezieht. Der Mindestlohn ist so zu
125 erhöhen, dass man davon gut leben kann. Die in der Dis-
126 kussion stehenden 11,50 € sind eine akzeptable Zielgrö-
127 ße.

128
129 Vor allem muss mit zunehmender Digitalisierung und
130 der damit verbundenen Automatisierung, Arbeitszeiten
131 bei vollem Lohnausgleich verteilt werden sowie sozia-
132 le Arbeit eine deutliche Aufwertung in unserer Gesell-
133 schaft erfahren.

134
135 Auch müssen wir Menschen mit dem sozialen Ar-
136 beitsmarkt klare Anreize für sinnstiftende und gemein-
137 schaftsdienliche Tätigkeiten geben. Mit der Schaffung
138 von sozialen Arbeitsmärkten ergibt sich zudem die Ge-
139 legenheit, kommunale Daseinsfürsorge zu stärken und
140 die Lebensqualität in Städten und Gemeinden zu ver-
141 bessern.

142
143 Es ist festzuhalten, dass die Schere bei den Einkommen
144 seit Anfang der 1990er Jahre kontinuierlich zwischen
145 den oberen Einkommen und den unteren Einkommen
146 auseinandergegangen ist. Die unteren 20 % der Einkom-
147 mensempfänger haben heute sogar proportional weni-
148 ger Einkommen als vor ca. 30 Jahren. Das Einkommen
149 der oberen 30% ist kontinuierlich und proportional stär-
150 ker gestiegen, als das der restlichen 70 % der Einkom-
151 men. Dies führte zu Armut und zum Anstieg des Ar-
152 mutsrisikos bei breiten Schichten der Bevölkerung. 50 %
153 der Bevölkerung verfügen heute über lediglich 17 % der
154 erwirtschafteten Einkommen, die oberen 10 % verfügen
155 über 40 % der Einkommen, eine kleiner werdende Mit-
156 telschicht über den Rest. Die Armut und das Armutsri-
157 siko steigen – Reichtum wächst – die Spaltung der Ge-
158 sellschaft schreitet voran. Dies belegen auch die Zah-
159 len der Einkommensschichten: Im Vergleich zu 1983 ist
160 die Mittelschicht von 69% Anteil der Bevölkerung auf
161 61 % gesunken, Niedrigeinkommen (12 – 14%) und un-
162 tere Mitte (11 – 13%) sowie obere Mitte (7 – 9%) und
163 Hohe Einkommen (2 – 4%) sind stark gestiegen. 27%
164 und mehr Prozent der Bevölkerung haben Armutsängs-
165 te bzw. sind bedroht in Armut abzurutschen. Die Krisen-
166 szenarien um die Digitalisierung verstärken diese An-
167 sichten.

168
169 Die Ungleichverteilung bei den Vermögen ist noch gra-
170 vierender: 1% der Bevölkerung verfügen in Deutschland
171 über 35 % der Vermögen, 10 % der Bevölkerung sogar
172 über 70 % der Vermögen.

173
174 Daraus ergibt sich, dass in den nächsten 10 – 15 Jahren
175 ca. 400 Mrd. Euro jährlich vererbt werden, wofür die Er-

176 ben in der Regel nichts getan haben (und auch steuerlich
177 nur mit einem Anteil von 2% belastet werden!).

178

179 Wie in vielen Ländern Europas, so steigen auch in
180 Deutschland die privaten Vermögen an und die öffentlichen
181 Vermögen nehmen ab. Die niedrigen Investitionen
182 der öffentlichen Hand in Infrastruktur und Bildung
183 werden durch dieses Missverhältnis erklärbar.

184

185 Um der Spaltung der Gesellschaft entgegen zu wirken,
186 sind Investitionen in Sozialpolitik und Bildung unerlässlich.
187 Die im Koalitionsvertrag festgeschriebenen Investitionen
188 in die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit sind Schritte
189 in die richtige Richtung. Weitere Investitionen in Bildung
190 bei Kitas, Schulen, Ausbildung und Hochschule sind zu
191 intensivieren. Kitas müssen grundsätzlich gebührenfrei
192 sein, unabhängig vom Wohnort. Schulen müssen den
193 modernsten Standards standhalten können. Ausbildungsgänge
194 sind grundsätzlich gebührenfrei zu organisieren. Dies
195 betrifft insbesondere die Ausbildung in den Pflege- und
196 Erziehungsberufen. Studiengebühren lehnen wir ab!

197

198
199 In einer älter werdenden Gesellschaft muss die Pflege
200 gestärkt werden. Pflege- und Erziehungsberufe müssen
201 attraktiver, also auch lohnintensiver, werden. Dies kann
202 und darf nicht zu Lasten der Pflege- und Krankenversicherungs-
203 beiträge gehen. In einer älter werdenden Gesellschaft
204 müssen Pflege- und Krankenversicherung über Steuern
205 mitfinanziert werden.

206

207 Die Krankenversicherung muss zu einem Bürgerversicherungssystem
208 umgebaut werden, dass weiterhin innovativ bleiben muss.

209

210
211 In unseren Städten spiegelt sich oftmals die Spaltung
212 der Gesellschaft zwischen den Stadtteilen wieder, in den
213 Kreisen ist es oftmals von Stadt zu Stadt sehr verschieden.
214 Wir benötigen Investitionen in Wohnungsbau, Straßen,
215 Digitale Infrastruktur, Schulen, Sport und Freizeit. Die soziale
216 und solidarische Stadt muss mehr in den Blickpunkt der
217 Politik rücken. Die Zukunft eines Kindes darf nicht von
218 seinem Wohnumfeld abhängen. Auch der ländliche Raum
219 ist zu stärken. Die Stadtflucht bringt unsere Metropolen
220 an die Grenzen des Machbaren. Brennpunkte in den
221 Städten sind aufzulösen.

222

223 Neben Investitionen in den (Neu)-Wohnungsbau benötigen
224 wir mehr Programme für energetische Modernisierung
225 sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor.

226

227
228 Fazit: Das System von Steuern und Einnahmen des
229 Staates muss so überarbeitet werden, dass die Ungleichheiten
230 geringer werden. Es geht dabei um eine gerechte und
231 solidarische Finanzierung des Staates und seiner
232 Zukunftsaufgaben.